

So naheliegend.

# Zürcher Oberländer

Mittwoch, 28. Juni 2017 | Nr. 147 | CHF 3.50 | [www.zueroest.ch](http://www.zueroest.ch)

## USTERTAG-REDNERIN

### Kulturschaffende hält die Hauptansprache

Die Dirigentin Graziella Contratto aus Schwyz ist die Hauptrednerin am diesjährigen Ustertag. **SEITE 3**



## RASER BESTRAFT

### Mit 215 km/h auf der Oberlandautobahn

Ein Serbe, der unter anderem mit 215 km/h über die Oberlandautobahn bretterte, ist vom Gericht Uster verurteilt worden. **SEITE 3**

## OHNE LOKALMATADOR

### Pfadi Winterthur statt der UHC Uster

Die Aushängeschilder der Uster Games heissen Volero Zürich und Pfadi Winterthur. Dafür fehlt erneut der UHC Uster. **SEITE 41**

Redaktion 044 933 33 33  
redaktion@zol.ch  
Aboservice 044 933 32 05  
abo@zol.ch  
Inserate 044 933 32 04  
inserate@zol.ch  
AZ 8620 Wetzikon

**ZRR**  
Zürcher Regionalzeitungen

ANZEIGE

Tagesschule mit kleinen Klassen:

- Primarstufe
- Sekundarstufe A, B und C
- Prüfungsvorbereitungskurse (Gymi, BMS, FMS, HMS)
- Nachhilfe auf allen Stufen

044 933 90 90  
[www.iww.ch](http://www.iww.ch)

IWW AG  
8620 Wetzikon  
seit über 40 Jahren



Die staatlich bewilligte Privatschule

## SVP-Gemeinderat wirft Stadtrat Propaganda vor

**ILLNAU-EFFRETIKON** Gemeinderat René Truninger (SVP) hat Beschwerde gegen einen Entscheid des Stadtrats eingereicht. Dieser unterstützt das Referendumskomitee gegen einen Beschluss des Kantonsrats mit 5000 Franken.

«Propaganda» und «einseitige staatliche Einmischung» – Gemeinde- und Kantonsrat René Truninger (SVP) findet klare Worte für den Entscheid des Ill-

nau-Effretiker Stadtrats, der das Referendumskomitee gegen die Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge mit 5000 Franken

unterstützt. Die Gesetzesrevision hat der Kantonsrat Ende Januar beschlossen, dagegen wurde das Gemeindefreferendum ergriffen. Im September kommt die Vorlage damit vors Volk.

Truninger hat den Kantonsratbeschluss mitgetragen. Er findet, die Behörden hätten die Aufgabe, objektiv über die anstehende Abstimmung zu informieren. Gemäss einem Urteil des Bundesgerichts sei es der öffentlichen Hand nur im Ausnahmefall erlaubt, ein Referendumskomitee mit Steuergeldern finanziell zu unterstützen. Der Gemeinderat hat deshalb eine Beschwerde beim Bezirksrat eingereicht. *fse* **SEITE 7**

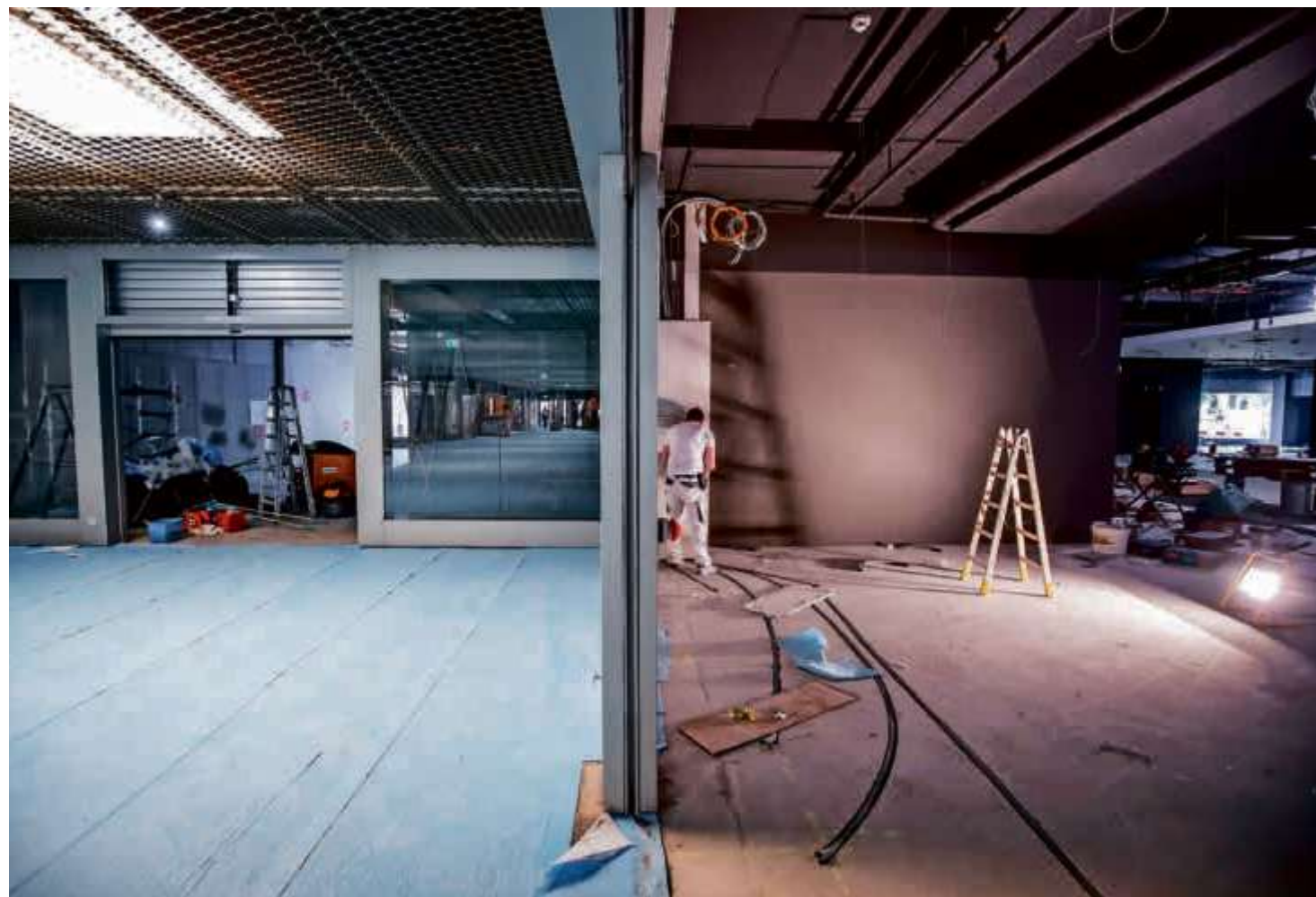
unterstützt. Die Gesetzesrevision hat der Kantonsrat Ende Januar beschlossen, dagegen wurde das Gemeindefreferendum ergriffen. Im September kommt die Vorlage damit vors Volk.

## Ein bisschen weniger Baustelle im Illuster

**USTER** Diesen Samstag endet die zweite Bauphase des Umbaus vom Einkaufszentrum Illuster. Fast alle Detailhändler öffnen ihre Tore. Aber: Das Illuster bleibt eine Baustelle.

Letzten Dezember begann die zweite Etappe des Umbaus des Einkaufszentrums Illuster. Diesen Samstag wird sie abgeschlossen. So öffnen etwa das Coiffeurgeschäft CaroGio, Läderach und die neue Bar vom Hotel Illuster. Das bedeutet aber noch nicht das Ende der Bauarbeiten.

Bis im November dürften sich auch die noch fehlenden Filialen eingerichtet haben. Dann wird das Einkaufszentrum sein definitives Gesicht erhalten. Bis dahin wird der Baumaschinenlärm bleiben. Trotzdem sollen alle Bereiche für die Kundschaft zugänglich bleiben, sagt Günter Heuberger, Geschäftsführer der federführenden Immobilienfirma Siska Heuberger Holding AG. Er freut sich vor allem über den neuen Glanz des Hotels Illuster und über den «einmaligen» Dachgarten. Trotz der Baufortschritte: Fertig wird das Illuster erst 2018. *han* **SEITE 11**



**Fast geschafft:** Diesen Samstag wird die zweite Bauphase im Einkaufszentrum Illuster abgeschlossen.

Christian Merz

ANZEIGE

Einfach.  
Günstig.  
Online-  
Hypothek.

[hypoclick.ch](http://hypoclick.ch)  
Bank BSU

## Im Interview

«Es politisiert sich gut als Parteiloser.»

Er gehört zu den alten Hasen der Lokalpolitiker, doch nach 28 Jahren wird auch für Rolf Rothenhofer Schluss sein. Im Frühling wird der parteilose Egger Gemeindepräsident nicht mehr für die Gemeinderatswahlen kandidieren. Als grössten Meilenstein seiner Amtszeit nennt er die Fusion von Politischer und Schulgemeinde. Die Lorbeeren beansprucht er aber nicht für sich, alles sei Teamwork. *lcm* **SEITE 11**

## INSERATE

### Werbebeilagen

- Conforama SA

### Rubriken

- Amtliche Anzeigen 36
- Immobilienmarkt 40
- Marktplatz 37
- Stellenmarkt 38, 39
- Todesanzeigen 34, 35
- Veranstaltungen 17, 18, 19



ANZEIGE

**JETZT BUCHEN:  
SCHMERZFREIE  
SOMMER-  
FERIEN FÜR  
IHREN RÜCKEN.**

Sprechen Sie mit uns über  
medizinisches Krafttraining:  
Telefon 044 905 99 99

Training + Therapie  
**NOW!**  
Dr. med. R. Biggoer

ANZEIGE

**Möbel  
Ferrari**

PRÄSENTIERT

**NATUZZI  
EDITIONS**

GRÖSSTER  
NATUZZI - STORE  
DER SCHWEIZ

## Forderung ans Sternfahrt-OK

**WETZIKON** Das OK der umstrittenen Feuerwehr-Sternfahrt, die Wetzikon ein Riesenminus bescherte, kommt weiter unter Druck. An der Sitzung vom Montag machte Rolf Luginbühl (FLW) öffentlich, dass die OK-Mitglieder von «Goodies» profitiert haben. Alleine Hans Peter Bosshard (FDP) habe Repräsentationsspesen von 20'000 Franken zur Verfügung gehabt. Es sei die moralische Pflicht der Mitglieder, zumindest diese Gelder zurückzuerstatten. *mvl* **SEITE 5**

## Wetziker Parkplätze: Mitte-Stimmen entschieden

**WETZIKON** Die Stadt Wetzikon verzichtet darauf, mit dem Kanton um Parkplätze vor Gericht zu streiten. Das Parlament lehnte am Montag einen entsprechenden Antrag von SVP, EDU und FDP ab, die dafür 30'000 Franken zur Verfügung stellen wollten. Zugleich nahm es die neue Parkplatzverordnung an. Diese basiert auf den Vorgaben des Kantons. Die Bürgerlichen hatten sich gegen die Vorgaben gestellt. Entscheidend waren am

## Neue Ordnung auf dem Plan

**PFÄFFIKON** Die Gemeinde Pfäffikon beschäftigt sich derzeit intensiv mit der Revision der Gemeindeordnung. Um den Puls der Bevölkerung zu fühlen, lud die Gemeinde am Montagabend zur Diskussion ein. Die Beteiligung der Pfäffiker hielt sich zwar in Grenzen. Aber die 32 Anwesenden brachten zahlreiche Verbesserungsvorschläge ein – darunter eine mögliche Vereinigung von Rechnungsprüfungs- und Geschäftsprüfungskommission. *zo* **SEITE 7**

Ende die Stimmen der Mitte-Fraktion EVP-CVP-BDP, die sich gegen den «Hosenlupf» mit dem Kanton aussprach.

Zu reden gab an der Sitzung auch ein Zusatzkredit für den Bau einer Kohle-Anlage bei der Ara. Deren Bau wird massiv teurer als gedacht – statt 550'000 werden es 900'000 Franken. Parlamentarier übten deutliche Kritik an der Energiekommission, die es künftig enger zu begleiten gelte. *mvl* **SEITE 5**



# Beschwerde gegen Entscheid des Stadtrats

**ILLNAU-EFFRETIKON** Der Stadtrat Illnau-Effretikon unterstützt das Referendumskomitee gegen die Änderung des Gesetzes über Jugendheime und Pflegekinderfürsorge. Der Illnau-Effretiker Kantonsrat René Truninger (SVP) wirft der Exekutive deshalb Einmischung in den Abstimmungskampf vor.

Eigentlich wollte der Stadtrat Illnau-Effretikon das Gemeindereferendum gegen einen Beschluss des Kantonsrats nicht unterstützen. Dieser hat Ende Januar entschieden, dass die jeweiligen Wohngemeinden die Kosten für die Fremdplatzierung von Minderjährigen weiterhin tragen müssen. Zumindest bis der Regierungsrat ein neues Gesetz dazu ausgearbeitet hat, das 2019 in Kraft treten soll (siehe Box). Gegen die Übergangslösung, die der Kantonsrat im Januar beschlossen hat, kam jedoch das Gemeindereferendum zustande. Die Stimmbürger im Kanton Zürich können am 24. September darüber befinden.

## «Symbolische Geste» für das Gemeindereferendum

Illnau-Effretikon ist nicht unter den 67 Gemeinden, die das Referendum unterzeichnet haben. Doch letzte Woche gab die Exekutive bekannt, dass sie das Referendumskomitee mit 5000 Franken unterstützt. Diesen Meinungsumschwung begründet Ill-

nau-Effretikons Sozialvorstand Samuel Wüst (SP) wie folgt: «Ursprünglich wollte der Stadtrat die Verhandlungen zwischen dem kantonalen Gemeindepräsidentenverband und dem Regierungsrat nicht behindern. Doch diese Gespräche haben keine Resultate hervorgebracht.» Der Kanton habe signalisiert, dass er nicht auf die Forderungen der Gemeinden eingehe.

Auch deshalb habe sich der Stadtrat für die finanzielle Unterstützung entschieden. «Das ist eine symbolische Geste. Wir wollen uns nicht alles gefallen lassen», sagt Stadtrat Wüst.

## Steuerzahler zahlen Fremdplatzierungen

Gegen den Entscheid des Stadtrats ist gestern eine Beschwerde eingegangen, wie der Bezirksrat Pfäffikon bestätigt. Urheber ist der Illnau-Effretiker Gemeinde- und Kantonsrat René Truninger (SVP). Er habe den Beschluss des Kantonsrats mitgetragen und sei natürlich nicht glücklich darüber, dass «der bürgerliche Stadtrat das Ge-

meindereferendum gegen einen Beschluss des bürgerlichen Kantonsrats unterstützt». Das ist jedoch nicht der Grund für seine Beschwerde. Vielmehr geht es Truninger um die finanzielle Unterstützung des Referendumskomitees. «Es ist befremdlich, dass eine Gemeinde einen Beschluss des Kantonsrats mit Steuergeldern bekämpft.» Ihn stört, dass Illnau-Effretikon «nicht über den eigenen Garten hinausschaut». Egal, ob die Gemeinden oder der Kanton die Fremdplatzierungen zahlen müssen, es sei letztlich das Geld der Steuerzahler.

## Kritik an finanzieller Unterstützung

Angesichts der Volksabstimmung im September spricht der SVP-Gemeinderat von Staatspropaganda. «Der Stadtrat mischt sich in einen Abstimmungskampf ein.» Dabei sei es wichtig, dass bei dieser Sachvorlage der freie Wille der Stimmbürger zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck komme, schreibt Truninger in seiner Beschwerde. Der Abstimmungskampf dürfe durch die Behörden nicht unerlaubt beeinflusst und durch einseitige staatliche Einmischung verfälscht werden.

Truninger erwähnt auch ein Urteil des Bundesgerichts. Dort sei festgehalten worden, dass es der öffentlichen Hand nur im Ausnahmefall erlaubt sei, ein Referendumskomitee mit Steuergeldern finanziell zu unterstützen. «Nur wenn die Gemeinde unmittelbar und ganz besonders stark betroffen ist.» Das treffe in diesem Fall aber nicht auf Illnau-Effretikon zu, sagt Truninger. «Wir sind nicht stärker betroffen als andere Gemeinden.» Zudem verletzt die fi-

nanzielle Unterstützung eines Referendumskomitees durch die Exekutive die Regeln der Neutralität.

Stadtrat Wüst findet hingegen, dass Illnau-Effretikon wie alle Zürcher Gemeinden stark betroffen sei von diesem Beschluss. 300'000 Franken würden die Fremdplatzierungen jährlich im Durchschnitt kosten.

Von der Beschwerde hat Wüst erst gestern erfahren. Dazu könne er noch nichts sagen. Nur so

viel: Er hätte in eigener Kompetenz über den Betrag von 5000 Franken entscheiden können. «Weil es aber um ein politisches Thema geht, haben wir den Beschluss als Gesamtstadtrat gefasst.»

Der Bezirksrat Pfäffikon äussere sich ebenfalls noch nicht zur Beschwerde, wie Bezirksratsschreiberin Karin Weyermann sagt. «Wir klären zuerst ab, als was sie entgegenkommen wird und wer dafür zuständig ist.»

Fabian Senn

## REVISION DES GESETZES ÜBER JUGENDHEIME UND PFLEGEKINDERFÜRSORGE

### Gemeinden sind sich nicht einig

Die sogenannte Fremdplatzierung von Minderjährigen – also wenn Kinder und Jugendliche von den Behörden in einem Jugendheim oder einer Pflegefamilie untergebracht werden – kostet pro Jahr rund 60 Millionen Franken. Seit längerem streiten sich der Kanton und die Gemeinden darüber, wer diese Beträge bezahlen muss. Früher war das die jeweilige Wohngemeinde der Fremdplatzierten. Doch im April 2016 hat das Bundesgericht geurteilt, dass der Kanton dafür aufkommen muss. Zur Zeit arbeitet der Regierungsrat an

einem Gesetz, das diesen Entscheid umsetzen und 2019 in Kraft treten soll.

Als Übergangslösung beschloss der Kantonsrat eine Revision des Gesetzes über Jugendheime und Pflegekinderfürsorge: Bis das neue Gesetz gültig ist, sollen die Gemeinden für die Kosten aufkommen. Einzig für die Zeit zwischen dem Bundesgerichtsurteil im April 2016 und dem Beschluss des Kantonsrats Anfang 2017, soll der Kanton die Kosten übernehmen.

Das passt vielen Gemeinden jedoch nicht, deshalb hat Walli-

sellen das Gemeindereferendum lanciert. Es gehe nicht, dass die Kosten für Fremdplatzierungen noch weitere Jahre auf die Gemeinden abgeschoben werden, obwohl es dafür keine rechtliche Grundlagen gebe.

Doch auch unter den Gemeinden herrscht keine Einigkeit. So unterstützt zum Beispiel Uster das Referendum nicht (wir berichteten). Die Sozialvorsteherin der Stadt sagte im März gegenüber dem ZO/AvU, dass der Nutzen des Referendums klein sei. Es gehe nur um einen begrenzten Zeitraum. zo



Im Zusammenhang mit der Revision der Gemeindeordnung diskutierten die Pfäffiker über den Sinn und die Organisation der Gemeindewerke.

Archivbild Fabio Meier

## Pfäffiker stehen Revision kritisch gegenüber

**PFÄFFIKON** Der Gemeinderat Pfäffikon liess die Bevölkerung bei der Revision der Gemeindeordnung mitreden. Einige Pfäffiker nutzten diese Gelegenheit. Sie äusserten Kritik an Gemeindeversammlungen und Organisationsformen.

Es war nicht anders zu erwarten. Der Pfäffiker Gemeinderat rief die Bevölkerung auf, an der Revision der Gemeindeordnung für 2020 mitzuwirken (wir berichteten). Doch das Interesse der Bevölkerung blieb gering. An der Kick-Off-Veranstaltung am Montagabend, wo der Gemeinderat die Gemeindeordnung vorstellte, nahmen nur 32 Personen teil. Die meisten davon Behördenvertreter oder Politiker. Diese sind auch direkt betroffen. Denn die Gemeindeordnung regelt die Kompetenzverteilung der Ressorts und bestimmt die Grösse der Verwaltung.

Über mangelndes Interesse der Versammelten selbst kann sich der Gemeinderat derweil nicht beklagen. Sie diskutierten an den vier Posten rege mit. Gemeindepräsident Marco Hirzel sagte: «Anfangs war ich skeptisch, ob das gut laufen würde, doch die Teilnehmer haben grosses Interesse gezeigt. Manche Themen wurden bis ins Detail besprochen und es kamen gute Inputs.»

### Neue Kommission diskutiert

Für Gesprächsstoff sorgte der Vorschlag der SVP, eine Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) einzuführen. Hans-Jürg Schneider (FDP) meinte, dass dank einer RGPK Geschäfte nicht nur auf ihre finanzielle Angemessenheit geprüft würden, sondern auch auf sachliche und technische Zweckmässigkeit. «Die Schaffung einer RGPK würde die immer wieder zu Kontroversen führende Frage, wie weit eine RPK Geschäfte

auch inhaltlich prüfen darf, eindeutig klären», sagte Schneider. Postenleiter und Gemeinderat Hanspeter Hugentobler (EVP) gab allerdings zu bedenken, dass mit der Einführung einer solchen Kommission die Verwaltungsaufgaben tendenziell steigen würden. Ein weiterer Teilnehmer bezweifelte, dass man für eine solche Kommission überhaupt genügend qualifiziertes Personal finden würde.

Auch für die Abschaffung der vorbereitenden Gemeindeversammlung sprachen sich einige Pfäffiker aus. Sie sei ein kompliziertes und aufwändiges Vehikel und könne vielleicht durch eine Infoveranstaltung ersetzt werden, sagten sie.

Skeptisch waren die Teilnehmer gegenüber der Wahl des Friedensrichters durch den Gemeinderat. Sie fragten sich, ob so die Unabhängigkeit des Richters gewahrt bleibe. Besprochen wurde ebenso die Organisation

von Behörde und Verwaltung. Die Baubehörde könnte vielleicht durch externe Mitglieder erweitert werden. Die Kommission für Natur- und Denkmalschutz könnte man aufsplitten in einen Bereich Natur und einen Bereich Ortsbild, lauteten Vorschläge. Die Notwendigkeit der Gemeindewerke wurde teilweise ganz in Frage gestellt.

### Finanzen bleiben abstrakt

Die Stellwand Finanzkompetenzen, die die Budgets von Schulpflege, Sozialbehörde und Gemeinderat darstellte, war für viele zu abstrakt gestaltet. Gemeindeschreiber Hanspeter Thoma meinte, der Verwaltung fehlen hier noch zusätzliche Informationen.

Doch es gab auch positive Wortmeldungen zum bisherigen System. Für Viktor Knecht (FDP) beispielsweise hat sich vieles in der Gemeindeordnung bewährt. Man müsse sie nur

punktuell verändern. «In Zeiten des Sparens sollte man nicht in Gremien investieren, von denen man nicht einmal weiss, wie viel Geld sie kosten werden.» Insbesondere an eine Aufstockung des Gemeinderats von sieben auf neun Personen mit dem Ziel, die Parteienlandschaft besser abzubilden, glaubt er nicht. «Manche Parteien finden ja gar keine Kandidaten mehr.»

Noch überwiegen die roten Punkte, welche die Teilnehmer zum Schluss auf eine Zufriedenheitsskala kleben konnten, auf der positiven Seite. Doch Bauvorstand Lukas Steudler ist überzeugt: «Das war nur eine Einführung. Sobald es um die Vergrösserung oder Verkleinerung von Kommissionen geht, wird es noch einige Diskussionen geben.» Denn dann geht es um die Gewichtung dieser Instanzen und um die Frage, ob Pfäffikon mehr oder weniger einsparen soll. Lukas Elser

## Leitungen werden ersetzt

**ILLNAU-EFFRETIKON** Die beiden Wasserhauptleitungen in der Birch- und Gestenrietstrasse müssen aufgrund ihres schlechten Zustands ersetzt werden. Beide stammen aus den 1950er-Jahren, schreibt der Illnau-Effretiker Stadtrat in einer Mitteilung. Für den Ersatz der Wasserleitung in der Gestenrietstrasse bewilligte der Stadtrat gebundene Ausgaben von 411'000 Franken. Die Wasserleitung in der Birchstrasse ist mir 169'000 Franken veranschlagt. Die Bauarbeiten beginnen Mitte Juli und dauern bis in den Herbst. zo

## Stadt kauft Erholungsgebiet

**ILLNAU-EFFRETIKON** Die Stadt Illnau-Effretikon hat ihr Vorkaufsrecht für ein Grundstück an der Espelstrasse in Illnau ausgeübt. Die Landfläche misst rund 2100 Quadratmeter und liegt in der Erholungszone. Der Kaufpreis beträgt 63'500 Franken, wie der Stadtrat in einer Mitteilung schreibt. Die umliegenden Grundstücke gehören ebenfalls der Stadt. Es ist vorgesehen, die neu erworbene Fläche für Freizeitaktivitäten und landwirtschaftliche Nutzung zu verpachten. zo

## Drei Chöre gemeinsam

**ILLNAU-EFFRETIKON** Am Samstag, 1. Juli, um 20 Uhr, führt der Männerchor Ottikon im Saal des Restaurants Rössli Illnau ein besonderes Konzert durch. Seit Monaten proben die Ottiker Sänger und feilen an ihrem Programm, das zusammen mit dem Gastchor aus Winzerhausen (D) und dem Jodelchörl am Pfäffikersee aufgeführt wird. Das Konzertmotto lautet «Über Brücken und Grenzen». zo